

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Ruchheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Montag, den 04.09.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:00 Uhr
Ort, Raum:	Seniorentagesstätte Ruchheim, Schloßstr. 1a

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Dennis Schmidt

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Peter Eisenberg

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Markus Honacker

Edith Steig

DIE GRUENEN - Ortsbeiratsfraktion

Jutta Kreiselmaier-Schricker

Dorothee Tavernier

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Andreas Guth

Schriftführer/in

Sabine Becker

Entschuldigt fehlten:

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Michael Hwasta

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Glasfaserausbau in Ruchheim
Vorlage: 20236796
4. Sachstandsbericht Renovierungen Gemeinschaftshaus Ruchheim
Vorlage: 20236828
5. Antrag des Ortsvorstehers
Renaturierung des Grabensystems in Ruchheim
Vorlage: 20236843
6. Gemeinsamer Antrag der CDU-und GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Erhöhung der Priorisierung zum Bau des Radwegs entlang der L 525 Ruchheim – Fußgönheim
Vorlage: 20236856
7. Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Wiederherstellung der Standsteintreppe Eingang Paul-Münch-Haus
Vorlage: 20236855
8. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Kontrolle der Wasserhähne auf dem Friedhof
Vorlage: 20236857
9. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Instandsetzung des Areals um das Gefallenendenkmal auf dem Ruchheimer Friedhof
Vorlage: 20236788
- 9.1. Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Renovierung des Gefallenendenkmals auf dem Ruchheimer Friedhof
Vorlage: 20236858
10. Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Maßnahmen zum Erhalt der historischen Ruchheimer Schlossmauer
Vorlage: 20236789
11. Anfrage des Mitglieds der FDP im Ortsbeirat
Aufbringen Fahrbahnmarkierungen und Verlegung Verkehrsschild im Bereich Am Sportplatz-Brunnenweg
Vorlage: 20236835
12. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Pflege und Rückschnitt auf dem Friedhof in Ruchheim

Vorlage: 20236853

13. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Problemlösungen und Maßnahmen zu Auswirkungen des GAG-Wohnungsbaus und Bezug der „Bauruine“ in Ruchheim Nord-Ost
Vorlage: 20236818
14. Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Zustand des Weges zum TV Ruchheim
Vorlage: 20236854
15. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Wahrnehmung der Aufgaben des Ortsbeirates bei prekärem Stadthaushalt
Vorlage: 20236819
16. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Landschaftsschutzgebiete im Stadtteil Ruchheim
Vorlage: 20236826
17. Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Abgestorbener Baum in Ruchheim Nord-Ost
Vorlage: 20236827

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Ruchheim war beschlussfähig.

Der Ortsvorsteher eröffnete die Ortsbeiratssitzung und stellte fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt ist; der Ortsbeirat war beschlussfähig. Die Tagesordnung wurde am 25.08.2023 zugesandt.

Anschließend begrüßte Herr Schmidt die Mitglieder der Ortsbeiräte und entschuldigte Herrn Hwasta (SPD). Der Ortsvorsteher begrüßte Frau Martina Wilde (Deutsche GigaNetz GmbH), von der Verwaltung Herrn Kim Kleinholdermann (Bereich Gebäudewirtschaft) und die Bürgerinnen und Bürger.

Die Presse war durch die Rheinpfalz, Herrn Endres, vertreten.

Der Ortsvorsteher merkte an, dass nur ein Teil der Ortsbeiräte die Einladung postalische erreicht haben. Außerdem hatte Herr Schmidt eine Anmerkung zur Tagesordnung, dass er TOP 9 und TOP 9.1 gemeinsam behandeln möchte, da sie identisch sind.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Ein Bürger fragte nach, ob das Rattenproblem in der Königsberger Straße bekannt ist. Der Ortsvorsteher teilte mit, dass dieses Problem bekannt ist und er dies an die Verwaltung, Bereich Rattenbekämpfung, nochmals weitergeben wird.

zu 2 **Bericht Ortsvorsteher**

1. Der Ortsvorsteher informierte, dass im Stadtteil Ruchheim in diesem Schuljahr keine neuen Hortkinder aufgenommen werden können. Grund sei der Personalmangel in der städtischen Einrichtung, es werden nur Kinder betreut, die schon im vergangenen Schuljahr einen Platz hatten. Diesbezüglich hat Herr Schmidt noch einen Termin mit der Verwaltung, um hier eine optimale Lösung zu finden.
2. Herr Schmidt berichtete über den Bolzplatz Ruchheim, dass er mit dem lokalen Streetworker Kontakt aufgenommen hat. Die Ansammlung von Jugendlichen im Bereich des Bolzplatzes beim Vereinsgelände des TV Ruchheim sei an sich kein Ärgernis. Die Hinterlassenschaften der Gruppe in Form von leeren Alkoholflaschen und Zigarettenkippen allerdings schon. Ziel ist es, die anwesenden Jugendlichen zu sensibilisieren.
3. Der Ortsvorsteher informierte über den Hochwasserschutz und lädt die Mitglieder des Ortsbeirates und die Bürgerinnen und Bürger zur Auftaktveranstaltung im Rahmen des Hochwasserschutz- und Starkregenvorsorgekonzeptes für die Stadt Ludwigshafen am 20.09.2023 (16:00 – 19:00 Uhr) in den Pfalzbau Ludwigshafen ein.
4. Herr Schmidt trägt vor, dass es erneute Vor-Ort-Termine gab bezüglich der Errichtung eines Outdoor-Fitnessplatzes. Leider sind keine Finanzmittel von Seiten der Stadtverwaltung verfügbar. Der Ortsvorsteher steht jedoch im engen Austausch mit dem "Evangelischen Krankenpflegeverein" und dem „Seniorenrat“. Konkret sucht man Sponsoren. Sobald dem Ortsvorsteher etwas Näheres bekannt ist, wird er den Ortsbeirat einladen, um sich dies gemeinsam vor Ort anzusehen.
5. Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme der Nachfrage der Einwohnerfragestunde aus der Ortsbeiratssitzung vom 27.03.2023: „Für das noch fehlende Teilstück des Gehweges der Magdeburger Straße/Baustraße ist Planungsrecht erforderlich, was die Verwaltung aktuell nicht hat und auch aktuell

nicht finanzierbar ist. Ein Lückenschluss im Gehwegbereich zählt nicht zu den unabweisbaren Projekten.“

6. Herr Schmidt verliest die Stellungnahme der TWL zur Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Ruchheim, ob ein möglicher Fernwärmeanschluss für das Neubaugebiet Ruchheim Nord-Ost (GAG Projekt im Erfurter Ring) geprüft wurde: „Die Prüfung, welche Versorgung in einem bestimmten Gebiet möglich ist, erfolgt im Rahmen der sog. Bauvoranfrage. Für das Projekt am Erfurter Ring wurde diese durch den Bauträger im April 2022 an TWL gestellt. Die Versorgung mit Fernwärme wurde für das Gebiet auch aufgrund der Entfernung zum Fernwärmenetz verneint. Der Bauträger hat sich daher für eine andere Form der Versorgung entschieden.“ Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.
7. Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme zur Nachfrage zu TOP 12 aus der Ortsbeiratssitzung vom 19.06.2023 - Ortsteilbezogene Maßnahmen gegen die kritische klimatologische Situation (Überwärmung) im Stadtgebiet: „Die Verwaltung möchte nochmals auf die angefügte Stellungnahme vom 12.06.2023 zur letzten Sitzung vom 19.06.2023 verweisen mit dem Zusatz, dass es sich bei Maßnahmen zur Klimaanpassung fast immer um eine mittel- bis langfristige Planung und Umsetzung handelt. Daher ist es auch essentiell, den Klimaschutz als auch die Klimaanpassung in alle derzeitigen + künftigen Planungen einzubeziehen, was mit der aktuellen Bearbeitung der Stadtklimaanalyse sowie der Erstellung eines Klimaanpassungskonzeptes mit konkreten Maßnahmenplanungen für die künftige Entwicklung erfolgt. Die Ergebnisse aus der Analyse und dem Konzept fließen direkt in die ebenfalls derzeit in Überarbeitung befindliche Flächennutzungs- sowie Landschaftsplanung ein. Kurzfristige Maßnahmen gegen die kritische Überwärmung von Stadtgebieten sind kaum bis schwer realisierbar. Als eine wichtige Maßnahme gegen städtische Überwärmung sind im städtischen Baumpflanzprogramm für den Ortsteil Ruchheim für 2024 und 2025 Pflanzungen vorgesehen. Zudem wird derzeit geprüft, inwieweit Verschattungsmaßnahmen an/in KiTas nachgerüstet werden können (beispielsweise Sonnensegel o.ä.). Ebenfalls sind in der aktuell laufenden Erstellung des Hochwasser- und Starkregenvorsorgekonzeptes (als wichtiger Bereich der Klimaanpassung) Begehungen für einzelne Stadtteile ab Ende September 2023 geplant.“ Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.
8. Herr Schmidt verliest die Stellungnahme zur Rückfrage des Antrages der Grünen-Ortsbeiratsfraktion - Sachstand zur Bauruine im Erfurter Ring: „Die Bauaufsichtsbehörde hat aufgrund ihrer Aufgaben und Befugnisse keine Möglichkeit beschleunigend auf die Baufertigstellung Einfluss zu nehmen noch im Rahmen der Bauüberwachung in den Prozess zeitlich beschleunigend einzugreifen. Die Baugenehmigung erlischt auch erst, wenn die Ausführung des Vorhabens 4 Jahre unterbrochen wurde.“ Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.
9. Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme zur Nachfrage der Grünen-Ortsbeiratsfraktion - Förderung des Baus von Photovoltaik-Anlagen: „Die zu

untersuchenden Gebäude werden sukzessive begangen, Dächer werden statisch geprüft und die vorhandenen elektrischen Anlagen sowie der Blitzschutz werden begutachtet. Da die Verwaltung in den ersten Prüfungen die größeren Anlagen auf Schulen berücksichtigen und die Begehungen auf Dächern in den Wintermonaten pausieren werden, ist mit einer abschließenden Prüfung der Kindertagesstätte Ruchheim und der Arche Noah daher erst im nächsten Frühjahr bzw. Sommer des nächsten Jahres zu rechnen.“ Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern in Kopie ausgehändigt.

10. Termine: Vom 15.09.2023 bis 19.09.2023 findet die Ruchheimer Kerwe statt und die Eröffnung der Kerwe ist am 16.09.2023; am 19.11.2023 um 11 Uhr findet der Volkstrauertag auf dem Ruchheimer Friedhof statt; am 11.11.2023 wird eine Baumpflanzung in der Allee zwischen der Kath. Kirche und dem Friedhof erfolgen und die nächste Ortsbeiratssitzung ist am 20.11.2023.

zu 3 Glasfaserausbau in Ruchheim

Zum Glasfaserausbau im Stadtteil Ruchheim stellte Frau Wilde (Deutsche GigaNetz GmbH), anhand einer Power-Point-Präsentation das Konzept: „Die neue Kraft im Glasfasermarkt“ vor und informierte über Vermarktungsgebiet sowie Zeitplan in Ruchheim.

Frau Wilde kündigte an, dass in Ruchheim die Deutsche GigaNetz GmbH den Ausbau in die Hand nehmen will. Das Ziel von GigaNetz GmbH sind 100 Prozent Glasfaser für alle. Demnach könne im kommenden Jahr die Bauphase beginnen, in der täglich 100 Meter der Kabelstränge verlegt werden. Im Frühjahr 2024 beginne das Unternehmen dafür mit Informations- und Marketingveranstaltungen. Ziel sei es, dass sich mindestens rund ein Drittel der Ruchheimer für die Abkehr vom Kupferkabel hin zur schnelleren und stabileren Internetverbindung entschließen.

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich von Frau Wilde beantwortet wurden, bedankte sich der Ortsvorsteher für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

zu 4 Sachstandsbericht Renovierungen Gemeinschaftshaus Ruchheim

Zum Sachstandsbericht Renovierungen im Gemeinschaftshaus Ruchheim informierte von der Verwaltung Herr Kleinholdermann. Kleinere Maßnahmen sind schon abgeschlossen. Im Jahr 2022 hatte die schon fünf Jahre zuvor geplante Brandschutzsanierung im Gemeinschaftshaus mit angeschlossener Jugendfreizeitstätte begonnen. Die Verwaltung hat die Gewerke angeschrieben und teilweise hat die Verwaltung dafür nur ein einziges Angebot zu einem weit überzogenen Preis erhalten. Für Sanitäreinrichtungen und Heizung sei überhaupt kein Angebot eingegangen. Vorgesehen sei außerdem der Abbruch diverser Einbauteile, die Schaffung von Fluchtwegen, Notausstiegen, der Austausch von Türen zu Brandschutztüren, aber auch das Zumauern von bisherigen Türöffnungen oder der Umbau der bisherigen Garderobe in einen Stuhllagerraum und vieles andere mehr. Dabei gebe es auch gute Nachrichten: „Die Notausstiegstreppe der Jugendfreizeitstätte ist mittlerweile montiert.“ Das Resultat der Ausschreibung sei Beleg für die vollen Auftragsbücher im Handwerk und die fehlenden Fachkräfte gleichermaßen. Alles zusammen habe das ursprüngliche Gesamtkonzept zerstört. Deshalb wird das Haus auch vorerst nicht komplett geschlossen. Vorerst, denn nachdem neuen Konzept sei es notwendig, zumindest den Bereich der Versammlungsstätte vom 08. April bis 31. Juli 2024 komplett zu schließen. „Andere Schließungen erfolgen in Segmenten“, berichtete Herr Kleinholdermann. So müsse im Bereich des Treppenhauses eine Brandschutzdecke in der Jugendfreizeitstätte eingezogen werden. Das ist der erste Rettungsweg. Deshalb muss die Verwaltung hier auch schließen. Einen Zeitrahmen dafür kann Herr Kleinholdermann nicht nennen, eben so wenig ein konkretes Datum für den Abschluss der Bauarbeiten. Die Verwaltung würde aber die bisherigen festgestellten Mängel und den Brandschutz gerne nächstes Jahr abschließen.

Zu der Aussage nach weiteren Steigerungen der Baukosten hatte der Ortsbeirat folgende Frage an die Verwaltung: „Steigen dann auch die Mietkosten für die Nutzer?“ Eine Antwort darauf konnte Herr Kleinholdermann nicht geben.

Der Ortsvorsteher bittet daher die Verwaltung bei der Marketinggesellschaft Lukom nachzufragen: „Ob die Mietkosten für die Vereine steigen?“

Nachdem alle Fragen des Ortsbeirates ausführlich von Herrn Kleinholdermann beantwortet wurden, bedankte sich der Ortsvorsteher für das Kommen und den ausführlichen Vortrag.

zu 5 Antrag des Ortsvorstehers Renaturierung des Grabensystems in Ruchheim

Herr Schmidt trägt seinen Antrag vor. Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung, sie mögen mit dem landesweiten Förderprogramm „Aktion Blau Plus“ ein Konzept erstellen. Pilotprojekt könnte der Bereich des Kreuzgrabens auf Höhe der Vogelwiese und des Verladeplatzes sein. Die Renaturierung dieser Grabenanlage würde nicht nur zur Erhaltung und Wiederherstellung natürlicher Lebensräume beitragen, sondern auch das lokale Ökosystem stärken, begründete der Ortsvorsteher seinen Antrag. Feuchtgebiete und natürliche Wasserläufe könnten Biodiversität fördern, Wasserrückhaltekapazitäten erhöhen und so Hochwasserrisiken bei Starkregen mindern.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich 4-15: „Die Maßnahmen zur Grabenrenaturierung können aufgrund der personellen Kapazitäten nach Abschluss des 3. Bauabschnittes Altrheingraben, voraussichtlich Ende 2024 angegangen werden.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

**zu 6 Gemeinsamer Antrag der CDU-und GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Erhöhung der Priorisierung zum Bau des Radwegs entlang der L 525 Ruchheim – Fußgönheim**

Frau Steig und Frau Kreiselmaier-Schricker tragen den gemeinsamen Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Landesbetrieb Mobilität Speyer (LBM Speyer): „Zum ebenfalls geforderten Geh- und Radweg steht die LBM gemeinsam mit der Stadtverwaltung im Austausch mit der im Auftrag der Autobahngesellschaft tätigen Planungsgesellschaft DE-GES. Der DEGES haben LBM und Stadtverwaltung den Wunsch der Berücksichtigung eines Radweges bei einer Neuerrichtung der Brücke über die A 61 mitgeteilt. Seitens der DEGES wird das Anliegen geprüft. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor. Das Land Rheinland-Pfalz stellt derzeit den Entwurf eines Investitionsplanes Landesstraßen auf. In diesem Entwurf wird die LBM eine Radwegeverbindung entlang der L 525 anmelden. Die Bewertung einer solchen Verbindung und damit die Aufnahme in den Investitionsplan bleiben abzuwarten.“

Der Ortsvorsteher wird beim Rat in Fußgönheim nachfragen, ob er die Liste der Unfälle an dieser Stelle bekommen kann und wird diese an den Ortsbeirat weiterleiten.

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

**zu 7 Antrag der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Wiederherstellung der Standsteintreppe Eingang Paul-Münch-Haus**

Herr Eisenberg trägt den Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich 4-132: „Die Sandsteintreppe ist aus der Bauzeit des Gebäudes und Teil des Kulturdenkmals. Bei einem Ortstermin haben die Mitarbeitenden der Gebäudewirtschaft die Treppe angeschaut und verschiedene denkmalgerechte Möglichkeiten zur Überarbeitung der Treppe diskutiert. Diese müssen jetzt mit dem Denkmalschutz abgestimmt werden. Sobald es einen konkreten und abgestimmten Instandsetzungsvorschlag gibt, wird der Ortsbeirat entsprechend über das weitere Vorgehen informiert.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

**zu 8 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion
Kontrolle der Wasserhähne auf dem Friedhof**

Frau Steig trägt den Antrag vor.

Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme vom Bereich 4-21: „Nach Inbetriebnahme im Frühjahr werden alle Wasserhähne kontrolliert. Undichte Wasserhähne können an die E-Mail- Adresse beschwerden-friedhoefe@ludwigshafen.de gemeldet werden, eine Reparatur wird dann umgehend veranlasst.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung, dass die Wasserhähne nochmals kontrolliert werden.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

**zu 9 Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Instandsetzung des Areals um das Gefallenendenkmal auf dem Ruchheimer
Friedhof**

Frau Kreiselmaier-Schricker und Frau Steig tragen den gemeinsamen Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich 4-21: „Das Gefallenendenkmal wurde aufgrund fehlender Verkehrssicherheit abgesperrt. Inzwischen wurden die Bodenplatten als erste Maßnahme entfernt, daher kann nun die Absperrung entfernt werden. Die Wiederverlegung der Platten ist als Bauvorhaben in der Projektliste für die Friedhöfe enthalten und soll nach Absprache mit der Unteren Denkmalschutzbehörde bis ca. Ende des Jahres 2023 umgesetzt werden.“

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu.

Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung, dass das Bauvorhaben bitte vor dem 19.11.2023 (Volkstrauertag) erledigt wird.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

zu 9.1 Antrag der CDU-Ortsbeiratsfraktion Renovierung des Gefallenendenkmals auf dem Ruchheimer Friedhof

Siehe TOP 9

zu 10 Antrag der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Maßnahmen zum Erhalt der historischen Ruchheimer Schlossmauer

Frau Kreiselmaier-Schricker trägt den Antrag vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich Stadtplanung/Denkmalpflege/Tiefbau: „Denkmalschutzwürdig sei die Mauer nicht. Erhaltenswert sei der Komplex trotzdem. Nach einem Ortstermin von Denkmalpflege und Bereich Tiefbau habe man beraten und aufgrund der ortsgeschichtlichen Bedeutung auch zum Erhalt geraten. Einen Weg zum Erhalt zeigte der Fachbereich nicht auf. Gemäß der aktuellen haushalterischen Lage und der nicht gegebenen Unabweisbarkeit ist eine Begründung für die Abtragung inklusive Wiederaufbau der Mauer nicht gegeben. Denn der rund 25 Meter lange einsturzgefährdete Teil zwischen Oggersheimer und Schlossstraße müsse komplett abgetragen werden, von Bewuchs inklusive Wurzelwerk gereinigt und anschließend wiederaufgebaut werden. Die Kosten dafür belaufen sich, laut Schätzung auf rund 60.000 Euro. Als vorläufige Maßnahme wurde der entsprechende Teil der Mauer im Frühjahr abgesperrt und abgestützt.“

Der Ortsbeirat war sich einig, dass dies kein Dauerzustand ist und auch der Alternativvorschlag, die Mauer jetzt abzubauen, einzulagern und wiederaufzubauen, wenn Haushaltsmittel zur Verfügung stehen.

Der Ortsbeirat hatte eine Nachfrage: „Was kostet eine Einlagerung der Steine?“ Außerdem sollte die Verwaltung die Grundstückseigentümer informieren, dass dieser Bewuchs der Schlossmauer schadet.

Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung um Beantwortung der Nachfrage: „Was kostet eine Einlagerung der Steine?“ Außerdem, dass die Verwaltung die Eigentümer informiert, dass dieser Bewuchs der Schlossmauer schadet.

Der Ortsbeirat stimmte einstimmig dem Antrag zu und beantragt, dass die Kosten in Höhe von 60.000,00 Euro in den kommenden Haushalt eingestellt werden.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

**zu 11 Anfrage des Mitglieds der FDP im Ortsbeirat
Aufbringen Fahrbahnmarkierungen und Verlegung Verkehrsschild im Bereich Am Sportplatz-Brunnenweg**

Herr Guth trägt die Anfrage vor.

Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme vom Bereich Straßenverkehr:

„Zu 1. Zur Markierung in der Kurve „Sportplatz am Brunnenweg“ kann eine Entscheidung zu diesem Antrag erst nach einem Ortstermin erfolgen. Sobald die Sachlage geklärt und eine Entscheidung getroffen werden kann, wird der Bereich 2-15 unaufgefordert den Ortsvorsteher schriftlich informieren.

Zu 2. Zur Verlegung der 30 km/h – Beschilderung ist auch hier die Einbindung der Polizei und der Verkehrsplanung erforderlich. Die Straßenverkehrsbehörde kommt zur gegebenen Zeit mit dem Ergebnis auf den Ortsvorsteher zu.“

Herr Guth fragte nach, ob man die Fahrmarkierung mitmachen kann. Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung, dass auch die Fahrmarkierung zusammen erfolgt.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

**zu 12 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion
Pflege und Rückschnitt auf dem Friedhof in Ruchheim**

Herr Eisenberg trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich Grünflächen und Friedhöfe: „Rasenflächen werden je nach Bedarf zwischen 10-15 Mal im Jahr gemäht, freiwachsende Gehölze in der vogelbrutfreien Zeit fachgerecht ausgelichtet und zurückgeschnitten. Heckenstrukturen werden je nach Gehölzart ca. zweimal im Jahr geschnitten. Bäume werden regelmäßig auf ihre Verkehrssicherheit geprüft und bei Bedarf Schnittmaßnahmen durchgeführt. Die Mauern werden regelmäßig auf ihre Verkehrssicherheit geprüft. Die Reparatur von Schäden an den Mauern der Friedhöfe steht auf der Projektliste, diese wird nach Priorität abgearbeitet. Efeu ist ein wichtiges Vogelbrut- und Bienennährgehölz. Ein Rückschnitt kann erst im Winter mit dem anderen Gehölzschnitt erfolgen, generell darf die Mauer aber bewachsen sein.“

Der Ortsbeirat hatte hierzu folgende Nachfrage: „Wird im Winter ein Rückschnitt erfolgen?“
Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung um Beantwortung.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

**zu 13 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
 Problemlösungen und Maßnahmen zu Auswirkungen des GAG-
 Wohnungsbaus und Bezug der „Bauruine“ in Ruchheim Nord-Ost**

Frau Kreiselmaier-Schricker trägt die Anfrage vor.

Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme vom Bereich Straßenverkehr.

Zu 3: Die Parksituation ist zur gegebenen Zeit erneut zu prüfen. Selbst wenn die Parkverhältnisse sich wesentlich verschlimmern, kann die Straßenverkehrsbehörde keine neuen Parkflächen schaffen. Allenfalls kann der Überwachungsdruck erhöht werden. Deshalb sollten die Fakten abgewartet werden und ggfs. durch die zuständigen Behörden Lösungen erarbeiten lassen.

Zu 4: Die aktuellen Sicherheitsaspekte wurden bereits mehrfach geprüft und aus Sicht der Fachbehörde ausreichend erläutert. Was die Zukunft betrifft, verweist die Verwaltung auf die Ausführungen zu Frage 3. Bereits jetzt kann die Straßenverkehrsbehörde zusichern, dass jegliche Maßnahmen für die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer im Bedarfsfall ergriffen werden.

Danach trägt Herr Schmidt die Stellungnahme vom Bereich Stadtplanung vor:

Zu 3: Es bleibt abzuwarten, ob und zu welchen Problemen es in diesem Zusammenhang überhaupt kommt. Hinsichtlich des ruhenden Verkehrs wurde bereits vor längerer Zeit geprüft, ob hier zusätzliche Parkplätze im öffentlichen Verkehrsraum ausgewiesen werden können. Dies war grundsätzlich nur an wenigen Stellen möglich.

Zu 4: Die Verwaltung hat im Zeitraum Juni 2010 bis März 2019 bereits mehrfach die Verkehrsmengen an den Ortseingängen in der Maxdorfer Straße und Mutterstadter Straße mit

unseren Seitenradarzahlgeräten erfasst. Die Zahlen sind dem Ortsbeirat bekannt. Nicht zuletzt aufgrund der Corona-Pandemie liegen uns keine aktuellen Zahlen für die genannten Stellen vor. Die Verwaltung wird versuchen, im Herbst dieses Jahres eine erneute Zählung durchzuführen. Die Messungen im genannten Zeitraum haben jedoch gezeigt, dass sich die Verkehrsmengen nur unwesentlich geändert haben, teilweise wurden sogar Rückgänge verzeichnet. Seitens der Polizei wurden der Verwaltung - nach Rückfrage - keine Probleme für die Durchfahrtsstraßen genannt. Hinsichtlich der Verkehrssicherheit bleibt auch hier abzuwarten, ob es durch den Bezug der „Bauruine“ zu einer Verschlechterung der Verkehrssicherheit in den Straßen von Ruchheim kommt. Sollten sich dann kritische Stellen herauskristallisieren, müssen diese gesondert beurteilt werden.

Frau Kreiselmaier-Schricker merkte an, dass es nicht akzeptierbar ist, dass die Stellungnahmen zu Frage 1 und 2 nicht zugestellt wurden und bittet diese nachzureichen. Außerdem bittet Frau Kreiselmaier-Schricker um eine Prognose: „Wie ist die Verkehrszunahme auf den Durchfahrtsstraßen und wie geht die Verwaltung damit um?“

Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung um Nachreichung der Stellungnahmen zu 1 und 2 und Beantwortung der Nachfrage von Frau Kreiselmaier-Schricker.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

zu 14 Anfrage der SPD-Ortsbeiratsfraktion Zustand des Weges zum TV Ruchheim

Herr Eisenberg trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich Tiefbau: „Der Gehweg entlang der L525 zum TV Ruchheim wurde im vergangenen Monat durch den Einbau einer wassergebundenen Decke instandgesetzt. Die Verwaltung geht davon aus, dass sich die Anfrage und unsere zwischenzeitliche Instandsetzung überschneiden haben und der beanstandete schlechte Zustand somit behoben werden konnte.“

Der Ortsbeirat fragte nach: „Warum wurde nicht der ganze Weg gemacht?“ Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung Beantwortung der Nachfrage.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

zu 15 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion Wahrnehmung der Aufgaben des Ortsbeirates bei prekärem Stadthaushalt

Frau Kreiselmaier-Schricker trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich Finanzen:

Zu 1. Im Teilhaushalt 1-13, Bereich Recht ist das Produkt 11106 Ortsbezirke mit Ansätzen hinterlegt. Inwieweit Mittel hierfür für die o.g. Anliegen vorgesehen sind, kann von 2-111/2-11 nicht beantwortet werden.

Zu 3. Aufgrund der nicht gegebenen dauernden Leistungsfähigkeit der Stadt Ludwigshafen am Rhein, sind Investitionen nach Maßgabe der Haushaltsverfügung nur dann haushaltsrechtlich zulässig, wenn ein ausnahmebegründender Tatbestand der VV Nr. 4.1.3 zu § 103 GemO erfüllt ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn eine Maßnahme unabweisbar i.S.d. Nr.1 der VV ist. Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Koblenz vom 06.07.2004 weist das Merkmal „unabweisbar“ in Verbindung mit den in der Verwaltungsvorschrift genannten Beispielfällen darauf hin, dass die Kommune sozusagen keine andere Wahl haben darf, als die Ausgabe zu leisten. Die Situation muss mit anderen Worten gesagt von einer Alternativlosigkeit gekennzeichnet sein. Das Gericht führt ausdrücklich aus, dass es um mehr gehen muss, als um die Verwirklichung einer wünschenswerten Maßnahme.

Zu 5. Da dies eine politische Diskussion ist, kann hierzu keine Aussage getroffen werden. Ggfs. kann die Frage von Büro OB beantwortet werden.

Der Ortsbeirat bittet, dass die Frage 5 vom Büro OB beantwortet wird. Außerdem, dass die Stellungnahmen zu den Fragen 2 und 4 nachgereicht werden.

Die Stellungnahme zu Frage 1, 3 und 5 wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

**zu 16 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Landschaftsschutzgebiete im Stadtteil Ruchheim**

Frau Kreiselmaier-Schricker trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich Umwelt:

Zu 1: Nein.

Zu 2: Die Flächen sind derzeit im Rahmen der Landschafts- und Flächennutzungsplanung Flächennutzungsplanung gesichert. Die Verfahren wurden in früheren Jahren nur bis zur Trägerbeteiligung geführt um evtl. Konflikte zu ermitteln. Aufgrund der Konfliktlage mit der landwirtschaftlichen Vorrangnutzung wurde das Verfahren zunächst zurückgestellt. Andere Verfahren wurden vorgezogen. Die Verfahren müssten vollständig begonnen werden.

Zu 3. Dies müsste inhaltlich geprüft werden.

Zu 4. Eine solche Realisierung ist derzeit noch nicht geplant.

Frau Kreiselmaier-Schricker hatte zu Punkt 1 eine Nachfrage: „Warum?“ Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung um Beantwortung der Nachfrage.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

**zu 17 Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Abgestorbener Baum in Ruchheim Nord-Ost**

Frau Kreiselmaier-Schricker trägt die Anfrage vor.

Herr Schmidt verliest die Stellungnahme vom Bereich Grünflächen und Friedhöfe:

Zu 1: Der Baum wurde 2005 gepflanzt. Die Bäume werden bis ins sechste Standjahr gewässert, sprich in diesem Fall bis 2011. Einige Baumarten, die in der Vergangenheit gut gewachsen sind, kommen mit den Klimaveränderungen nicht zurecht. Dazu gehören Ahorn und Hainbuche. Die Bäume leiden extrem unter der Trockenheit. Es werden ca. 3000 Bäume jährlich mit Wässerungen unterstützt. Es wird geprüft ob die Wässerungen ausgeweitet werden.

Zu 2: Warum der Baum abgestorben ist, wird noch untersucht werden. Baumersatz ist an der Stelle geplant. Nachpflanzungen in Ruchheim erfolgen voraussichtlich in 2024.

Frau Kreiselmaier-Schricker widersprach der Stellungnahme der Verwaltung und trägt vor, dass dieser Baum nicht im Jahr 2005 gepflanzt wurde und daher um Beantwortung bittet: „Warum ist dieser Baum abgestorben?“

Der Ortsvorsteher bittet die Verwaltung um Beantwortung der Nachfrage von Frau Kreiselmaier-Schricker.

Die Stellungnahme wurde am Ende der Sitzung den Ortsbeiratsmitgliedern per Pdf-Datei zugesendet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um 20:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 20.09.2023

Sabine Becker
Schriftführer/in

Dennis Schmidt
Vorsitzende/r